

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 14.05.2009

Sitzungsort: Kinderhaus St. Heinrich, Rodderweg 270

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.15 Uhr.

Vorsitz führte: Falkenstein

### Stimmb. Mitglieder

Dr. Dahm CDU  
 Falkenstein (Vors.) CDU  
 Dr. F.-Immenkeppel CDU  
 Stilz CDU  
 Zündorf (SK) CDU  
 Kravarioti (SK) CDU

Vilkmann SPD  
 Jung (stv. Vors.) SPD  
 Salvador SPD

Bohlfen fw/bVb

Niclasen Grüne

Heil (SK) FDP

### Beratende Mitglieder

Mösch Obdachlosenber.  
 Fahrenberger Obdachlosenb.  
 Duda Vertr. Spätaussiedler  
 Weidner Init.f.Völkerverständ.

### Verwaltung

Freytag  
 Rampe  
 Joswig - von Bothmer

### Schriftführerin

Rempe

### Gäste

### Stellv. stimmb. Mitglieder

Boley CDU  
 Simons CDU  
 Dahmen CDU  
 Ehrenstein CDU  
 Fischer CDU  
 Gerharz, F.J. CDU  
 Gerharz, Th. CDU  
 Hepp CDU  
 Hosmann CDU  
 Klug CDU  
 Küster CDU  
 Meeth CDU  
 Pohl CDU  
 Poschmann CDU  
 Pütz CDU  
 Rau CDU  
 Schumacher CDU  
 Vetterling CDU  
 Vogel CDU

Berg SPD  
 Blanke SPD  
 Breu SPD  
 Grafe SPD  
 Heck SPD  
 Dr. Petran SPD  
 Reinkemeier SPD  
 Weesbach SPD  
 Wehrhahn SPD  
 Meese (SK) SPD  
 Weitz (SK) SPD

Baule fw/bVb  
 Arth fw/bVb  
 Mainzer fw/bVb  
 Müller fw/bVb  
 Schmitz fw/bVb

vom Hagen, Andrea (SK) Grüne  
 Bortlitz-Dickhoff Grüne  
 vom Hagen Grüne  
 Weber Grüne  
 Winkelmann-Strack Grüne

Brämer FDP  
 Pitz FDP  
 Müller, C. (SK) FDP  
 Wehr (SK) FDP

### Stellv. beratende Mitglieder

Kunkemöller Obdachlosenb.  
 Saidi ABR  
 Yildirim ABR  
 Wolf Spätaussiedler  
 Saß-Blauhut Init.f.Völkerverst.

Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<b>A) Öffentlicher Teil</b>	3	
1	Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin <u>hier:</u> vom Hagen, Andrea (Grüne)	3	
2	Niederschrift vom 27.11.2008	3	
3	Mitteilungen	3	
3.1	Sprachförderung im Elementarbereich <u>hier:</u> Erfahrungsbericht 2008 <u>Bezug:</u> SchSpA 25.11.2008	3 – 4	58/01 g *
3.2	Obdachlosenbereich Lupinenweg <u>hier:</u> Kennzahlen zur Bewohnerstruktur	4 – 7	102/00 l
3.3	Situation im Obdachlosenbereich Lupinenweg <u>hier:</u> Zusammenarbeit mit der Drogenberatungsstelle zur Betreuung drogenabhängiger Personen	7	102/00 m
3.4	Unterbringung von asylbegehrenden Ausländern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern <u>hier:</u> Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes	8	120/90 cx
3.5	Pflegestützpunkte <u>hier:</u> Sachstandsbericht	8	98/98 d
3.6	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund <u>hier:</u> Sachstandsbericht	9	12/05 h
4	Antrag	9	
4.1	Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Go <u>hier:</u> Erstellung eines Armutsberichtes für die Stadt Brühl Antrag „Die Linke“ – Stadtverband Brühl vom 11.03.2009 <u>Bezug:</u> HA 30.03.2009	9 – 10	8/09 *
5	Anfragen	10	
5.1	Vorstellung des Projektes „Soziale Stadt“ im Ausschuss <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	10	
5.2	Einrichtung eines dezernatübergreifenden Arbeitskreises „Barrierefreies Bauen“ <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	10	
	<b>B) Nichtöffentlicher Teil</b>	11	
6	Mitteilungen -keine-	11	
7	Anfragen -keine-	11	

\* Vorlagen wurden bereits versandt.

Vor Beginn der Sitzung des Ausschusses und Eröffnung durch den Vorsitzenden Falkenstein (CDU) findet von 17.30 Uhr bis 18.00 Uhr eine Begehung der Obdachlosenunterkünfte Lupinenweg durch die Mitglieder des Ausschusses statt. Die Presse ist ebenfalls durch ihre Vertreterinnen hierbei anwesend.

Anschließend treffen sich alle Mitglieder, die Presse und an der Sitzung des Ausschusses interessierte Personen zur Sitzung im Kinderhaus St. Heinrich, Rodderweg 270.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Anwohner des Lupinenwegs, Herrn Mörs und Herrn Dumke, den Schriftführer des eingeladenen Stadtverbandes „Die Linke“, Herrn Pohle, sowie die Pressevertreterinnen.

Er bedankt sich bei der stellvertretenden Leiterin des Kinderhauses, Frau Jüsten-Brandt, für die Bereitstellung der Räumlichkeiten für die Sitzung und erteilt dieser das Wort.

Frau Jüsten-Brandt begrüßt die Anwesenden und freut sich, dass die Mitglieder des Ausschusses beschlossen haben, die Sitzung im Kinderhaus St. Heinrich abzuhalten. Sie entschuldigt die Leiterin des Kinderhauses, Frau Granrath, die schwer erkrankt sei und gerne den Termin wahrgenommen hätte. Sie wünscht der Sitzung einen guten Verlauf.

## **A) Öffentlicher Teil**

### **1. Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin hier: vom Hagen, Andrea (Grüne)**

Vorsitzender Falkenstein (CDU) führt die sachkundige Bürgerin, Frau Andrea vom Hagen (Grüne), in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen Wahrnehmung ihrer Aufgabe.

### **2. Niederschrift vom 27.11.2008**

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 27.11.2008 werden keine Einwände und Bedenken von den Mitgliedern erhoben.

### **3. Mitteilungen**

#### **3.1 Sprachförderung im Elementarbereich hier: Erfahrungsbericht 2008 Bezug: SchSpA 25.11.2008 Vorlagen-Nr.: 58/01 g \***

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsherr Dr. Dahm (CDU) berichtet, dass seine Tochter, die ausgebildete Logopädin sei, nicht die Fähigkeiten und Kenntnisse ihres erlernten Berufes in der Praxis einsetzen kann, wie es erforderlich ist. Sie müsse vielmehr den ihr anvertrauten Kindern das Lesen und Schreiben beibringen.

Er schlägt vor, eine Logopädin / einen Logopäden in den Ausschuss einzuladen, die / der über die notwendig anzusetzende Therapiemethode bei individueller Sprachförderung berichtet.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) sagt, dass es sinnvoller sei, eine Logopädin / einen Logopäden in die Schulen einzuladen, um dort von dem Aufgabenspektrum berichten zu lassen.

Ratsherr Stilz (CDU) kann sich an die Vorlage nicht mehr erinnern und bittet um kurze inhaltliche Ausführung der Vorlage. Es stellt sich im Verlauf der Diskussion heraus, dass einige Mitglieder des Ausschusses die Vorlage zur Sitzung nicht erhalten haben. Es wird deshalb abschließend darum gebeten, diese nochmals der Niederschrift im Anhang als Kopie beizufügen.

### **3.2 Obdachlosenbereich Lupinenweg** **hier: Kennzahlen zur Bewohnerstruktur** **Vorlagen-Nr.: 102/00 I**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) teilt mit, dass es nicht möglich war, Frau Petzold von der Beratungsstelle bei der Begehung des Lupinenwegs aktuell zur momentanen Situation im Obdachlosenbereich Lupinenweg zu befragen, da sie Beratungsstunden abhielt.

Sozialdezernent Freytag schlägt vor, die Anwohner des Lupinenwegs, Herrn Mörs und Herrn Dumke, anzuhören. Die Ausschussmitglieder stimmen zu.

Herr Mörs (Anwohner Lupinenweg) berichtet, dass ein Bewohner der Unterkünfte die Anwohnerinnen und Anwohner des Lupinenwegs durch gewalttätige Aktionen in Angst und Schrecken versetzt (Fenster gehen zu Bruch, Autoreifen werden zerstoßen etc.). Er bittet die Fraktionen darum, dass diese sich dafür einsetzen, dass die beschriebene Person anderweitig außerhalb der Unterkünfte untergebracht wird.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) weiß zu berichten, dass die Person schon öfters in die Psychiatrie nach Zülpich eingewiesen wurde.

Herr Mörs (Anwohner Lupinenweg) beklagt, dass alle Verantwortlichen die Augen verschließen. Er ist davon überzeugt, dass dieser Mann dringend eine Betreuung benötigt. Selbst die Polizei, die schon mehrmals gerufen wurde, steht dieser Person hilflos gegenüber und sieht sich nicht in der Lage, konkrete Maßnahmen einzuleiten.

Ratsherr Simons (CDU) sagt, dass er von dem konkreten Fall bisher noch nichts gehört habe. Dieser Fall könne jedoch nicht als Dauerzustand hingenommen werden. Er signalisiert von seiner Fraktion die Bereitschaft, mit der Verwaltung nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen.

Herr Mörs (Anwohner Lupinenweg) erzählt, dass er ein Dienstfahrzeug mit Blaulicht fährt. Dieses muss immer einsatzfähig sein, wurde aber in der Vergangenheit von besagter Person beschädigt.

...

Sachkundiger Bürger Weitz (SPD) sagt, dass die Fraktionen keine Exekutivorgane sind. Er weiß nicht, was er hier als Mitglied einer Partei durchsetzen könne.

Herr Mörs (Anwohner Lupinenweg) fordert, dass sich Verantwortliche des Ordnungsamtes, der allgemeinen Verwaltung und der Polizei zusammensetzen und nach einer konkreten Lösung in dieser Angelegenheit suchen müssen.

Ratsfrau Vilkman (SPD) meint, dass diese Person krank sei und wohl verschriebene Medikamente nur unregelmäßig einnehme, was dann zu diesen Verhaltensexzessen führe. Sie regt an, über eine Zwangseinweisung der Person nachzudenken.

Sozialdezernent Freytag wendet sich an Herrn Mörs mit der Bitte, dass er nicht den Eindruck aus der derzeitigen Diskussion gewinnen sollte, dass alle Beteiligten versuchen, ihre Verantwortung in diesem Problemfall abzugeben. Vielmehr sei es erforderlich, ein intensives Gespräch mit dem Betreuer dieser Person zu führen, den Kontakt kontinuierlich aufrecht zu erhalten mit der Maßgabe, zu gegebener Zeit den Ausschuss über neue Handlungsstrategien für diese Person zu unterrichten und zu informieren.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) sagt, dass bei der Aufstellung der einzelnen Positionen im Haushalt laut „Neues kommunales Finanzmanagement“ (NKF) diese mit genauen perspektivischen Zielbeschreibungen formuliert werden sollen. Bei der Darstellung der Fakten in der Vorlage fehlt ihrer Meinung nach diese Zielbeschreibung.

Sozialdezernent Freytag erwidert, dass das Prozedere für alle Beteiligten erst am Anfang steht und diese Zielbeschreibungen einzeln mit konkreten Inhalten erst noch erarbeitet werden müssen.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt nach den Angaben der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der im Obdachlosenbereich lebenden Menschen. Sie möchte wissen, ob diese Zahlen Interpretationscharakter haben.

Herr Rampe (Abteilungsleiter Soziales) antwortet, dass diese Zahlen nicht in irgendwelche Relationen zu setzen und Schlüsse daraus zu ziehen sind, da die Erfassung im Jahr 2007 nur für vier Monate erfolgte.

Ratsherr Stilz (CDU) spricht die Aufnahme der Einzelpersonen in die Obdachlosenunterkünfte an. Er vertritt die Meinung, dass es ein „Miteinander“ in den Unterkünften nicht gibt. Er beklagt, dass die Verwaltung nicht intensiv genug das Problem mit den Einzelpersonen anpackt und zufrieden stellende Lösungen erarbeitet. Er wiederholt seine Forderung nach Erstellung eines konkreten Handlungskonzeptes für den Obdachlosenbereich.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) antwortet, dass er sich daran erinnern kann, dass seit 20 Jahren im Ausschuss und in der Verwaltung wiederholt über ein durchgreifendes Konzept diskutiert wird. Dabei sei immer wieder festzustellen, dass Theorie und Praxis von solchen Konzepten gerade für diese schwierige Klientel nicht immer durch- und umsetzbar sind.

Herr Dumke (Anwohner Lupinenweg) gibt bekannt, dass er schon öfters telefonisch wie schriftlich die Verwaltung auf Dinge, die sich im Lupinenweg abspielen und seiner Meinung nach falsch laufen, aufmerksam gemacht hat (z.B. interner Verkauf von alkoholischen Getränken, dealen mit Drogen und Konsum derselben etc). Er beobachtet, dass sich verschiedene Bewohner in Gruppen „zusammenrotten“.

...

Andererseits stellt er auch fest, dass Maßnahmen, die von der Verwaltung zu bestimmten Problemen initiiert wurden, schon ihre positive Wirkung zeigen. Wenn die Verwaltung sich intensiver der Problemlagen annehmen könnte, würde die gefühlte Bedrohung der Anwohner abnehmen.

Er schlägt ein gemeinsames Gespräch mit den zuständigen Stellen in der Verwaltung vor. Er klagt an, dass die Stadt Versprechungen macht, Änderungen herbeizuführen, diese Versprechen aber nicht einhält.

Er stellt fest, dass die Verwaltung keine Programme für schwierige Menschen auflegt. In anderen Städten werden präventive Handlungsprogramme vorgehalten und kommen zur Anwendung.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) fragt Herrn Mörs und Herrn Dumke nach inhaltlichen Gestaltungsmerkmalen solcher Programme.

Sozialdezernent Freytag erklärt, dass die Verwaltung bei der Regelung der Obdachlosenproblematik in ordnungsbehördlicher Funktion auftritt und vielseitige Maßnahmen initiiert und durchgeführt hat bzw. noch immer durchführt und fortschreibt. Exemplarisch führt er aus, dass

1. für die Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Personen der bekannte Standort vorgehalten wird.
2. die Hauseinheiten einer umfassenden Renovierung unterzogen wurden.
3. Ordnungspartnerschaften zwischen Verwaltung und Polizei eingerichtet wurden.
4. im Jahr 1996 eine Beratungsstelle, wie bekannt, vor Ort mit entsprechendem Fachpersonal eingerichtet wurde.
5. Personen mit persönlichem schwierigem Hintergrund dezentral untergebracht und betreut wurden (intensive Zusammenarbeit mit der Drogenhilfe Köln e.V.).
6. die vorbeugende Obdachlosenhilfe (hier: Mietschuldenregulierung) in den letzten Jahren intensiviert wurde, um Einweisungen in den Obdachlosenbereich zu verhindern.
7. Interessenvertreter/innen in den Ausschuss benannt und gewählt werden.

Er gibt zu, dass es zwischenzeitlich in der Besetzung der Beratungsstelle Lupinenweg Probleme mit geeignetem Fachpersonal gab. Die erste vor Ort arbeitende Sozialarbeiterin, Frau Müller, schied nach kurzer Tätigkeit aus persönlichen Gründen aus, die Suche nach einer geeigneten Nachfolge (hier: Frau Hauck) hatte länger gedauert als die Verwaltung es sich gewünscht hatte. Die etwas längere Phase der damaligen Nichtbesetzung der Beratungsstelle habe vielleicht alle stark verunsichert und das Gefühl gegeben, die Verwaltung würde die personelle Besetzung bewusst verzögern.

Dieses, so Sozialdezernent Freytag, sei jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Absicht der Verwaltung gewesen. An den Anwohner Dumke gerichtet sagt er, dass die Forderungen seines Briefes detailliert abgearbeitet und im Einzelnen nachgegangen wurden. Er bittet die Mitglieder des Ausschusses um Vorschläge, wie mit der vorliegenden Problematik weiter umgegangen werden soll.

Ratsherr Stilz (CDU) berichtet über eine Person, die nachweislich als Kurier zwischen Brühl und Bonn fährt und anschließend im Lupinenweg Drogen verkauft. Er möchte darüber hinaus wissen, wie derzeit die ärztliche Versorgung im Lupinenweg geregelt ist.

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass es derzeit wieder rechtliche Probleme und Bedenken hinsichtlich der freiwillig durchgeführten ärztlichen Versorgung gibt. Es besteht nur eine mündliche Zusage für das Praktizieren im Lupinenweg. Diese wurde zwischen dem Arzt und dem Gesundheitsamt des Rhein-Erft-Kreises getroffen. Die Ärztekammer Nordrhein will jedoch die Tätigkeit des Arztes gänzlich unterbinden. Eine endgültige Entscheidung darüber steht jedoch noch aus.

Anmerkung der Schriftführerin:

Der im Lupinenweg tätige Arzt Dr. Dr. med. Göbbeler hat mit Schreiben vom 26.05.2009 dem Fachbereich mitgeteilt, dass er seinen Dienst aus gesundheitlichen Gründen aufgeben muss. Mit Antwortschreiben vom 29.05.2009 hat Sozialdezernent Freytag sein Bedauern über die Quittierung des Dienstes von Herrn Dr. Dr. med. Göbbeler ausgesprochen.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) fragt nach, ob hinsichtlich des vorherrschenden Drogenproblems nur im Stadtgebiet verstärkt gefahndet oder auch der Lupinenweg in eine stärkere Beobachtung eingebunden wird.

Rampe (Abteilungsleiter Soziales) teilt mit, dass aktuell hinsichtlich einer Fahndung im Lupinenweg keine spezielle Nachfrage von der Kripo Hürth erfolgt.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) bedankt sich abschließend, nachdem keine Wortbeiträge zum Tagesordnungspunkt mehr erfolgen, bei allen für die intensiv geführten, aber auch wichtigen Diskussionsbeiträge.

### **3.3 Situation im Obdachlosenbereich Lupinenweg**

#### **hier: Zusammenarbeit mit der Drogenberatungsstelle zur Betreuung drogenabhängiger Personen**

#### **Vorlagen-Nr.: 102/00 m**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) greift die Betreuungsproblematik des Personenkreises im Lupinenweg nochmals auf und möchte wissen, wie diese finanziell abgesichert ist.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass eine Betreuung des Personenkreises bis zum betreuten Wohnen durch die Drogenberatungsstelle finanziell zu Lasten der Stadt Brühl erfolgt. Die entstehenden Kosten für das betreute Wohnen werden vom Landschaftsverband Rheinland getragen.

Rampe (Abteilungsleiter Soziales) teilt mit, dass das Angebot der Annahme des betreuten Wohnens auf Freiwilligkeit der Betroffenen erfolgt. Die Drogenberatungsstelle muss hier immer wieder „dicke Bretter“ bohren, um das Modell finanziert zu bekommen.

### **3.4 Unterbringung von asylbegehrenden Ausländern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern** **hier: Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes** **Vorlagen-Nr.: 120/90 cx**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) möchte wissen, ob es neue Erkenntnisse hinsichtlich der weiteren Nutzung des Übergangsheimes „Villemstraße 57“ gibt.

Ratsfrau Vilkman (SPD) ruft zu, dass die Pfadfinder, die bisher im Haus Am Volkspark untergebracht waren, hier ihr neues Domizil haben werden.

### **3.5 Pflegestützpunkte** **hier: Sachstandsbericht** **Vorlagen-Nr.: 98/98 d**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass die Dezernenten des Rhein-Erft-Kreises ein Treffen mit den Pflegekassen zu diesem Thema einberufen haben.

Er weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass die Pflegekassen seit Januar 2009 nach § 7a SGB XII verpflichtet sind, eine zielgerichtete Beratung anzubieten und vorzuhalten.

In dem Treffen wurde unter den Dezernenten darüber Einigkeit erzielt, dass die Vorhaltung und Einrichtung von drei Hauptstützpunkten für den gesamten Rhein-Erft-Kreis zu gering ist für den voraussichtlich hohen Beratungsbedarf. Deshalb soll das Angebot der Pflegeberatung in den Kommunen weiterhin Bestand haben. Es wurde in diesem Treffen auch vereinbart, die Gespräche gemeinsam fortzuführen. Diese sind für Ende Juni 2009 terminiert.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) bittet die Verwaltung darum, die neuen Sachstände dem Ausschuss mitzuteilen.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) will wissen, inwieweit die Wohnraumberatung in die Beratungsarbeit der Pflegestützpunkte integriert ist. Sie hält dieses Beratungsangebot aufgrund des demographischen Wandels für evident.

Darüber hinaus möchte sie wissen, ob die Finanzierung der Pflegestützpunkte langfristig gesichert ist und eine Ausweitung des Beratungsangebotes überhaupt möglich ist.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass zunächst eine Probephase mit einer gesicherten Anschubfinanzierung erfolgt. Er geht davon aus, dass das Modul „Wohnraumberatung“ in der Projektförderung möglich ist. Da die Wohnraumberatung im gesamten Rhein-Erft-Kreis noch nicht als konkretes Angebot besteht, kann dieses, so Sozialdezernent Freytag, als ein weiterer Baustein in das Gesamtpaket aufgenommen werden.

### **3.6 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund**

**hier: Sachstandsbericht**

**Vorlagen-Nr.: 12/05 h**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) teilt mit, dass sie sich über die Vorlage geärgert hat.

Als der Integrationsworkshop im vergangenen Jahr durchgeführt wurde, hat dieser zu einer hohen Motivation aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer geführt und das Signal zu einem intensiven Dialog in diesem Thema gegeben. Sie stellt fest, dass von dem Motivationsmoment nicht mehr viel übrig geblieben ist. Sie empfindet die Vorlage als aufgeblasen und vermutet, dass im Thema zukünftig nicht viel laufen wird. Sie habe das Gefühl, dass viel versprochen, aber davon nichts eingehalten werde.

Sozialdezernent Freytag bittet darum, das Thema sachlich zu behandeln und auf die Wortwahl in den Beiträgen zu achten.

Ratsfrau Vilkmann (SPD) sagt für ihre Fraktion, dass diese sich durch die Information des Bürgermeisters ausreichend informiert fühlt.

Ratsherr Stolz (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion die Vorlage als nicht aufgebläht betrachtet. Er findet die Äußerung lächerlich und bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) findet die Vorlage in Ordnung und bittet alle in diesem Thema involvierten Personen um Geduld.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) betont nochmals, dass sie sich einfach über große Worte, die geschwungen werden (z.B. „Integrationszug hat Fahrt aufgenommen“, „eine intensive Arbeitsstrecke wurde zurück gelegt“ etc.) geärgert hat, diese Worte aber ihrer Meinung nach nicht den Aktionen standhalten, die bisher erfolgt sind.

Sie fragt nach dem Sachstand der Einstellung eines Bildungsagenten durch den Bürgermeister. Dieser soll Eltern über die schulischen Möglichkeiten ihrer Kinder beraten. Bildung sei schließlich ein zentraler Punkt der Integrationsbemühungen.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass dieses Thema seines Wissens im Projekt „Soziale Stadt“ verankert ist und er bittet die Mitglieder darum, in den Ausschüssen nachzufragen, in denen das Projekt „Soziale Stadt“ diskutiert wird. Er sagt zu, über den Sachstand in der nächsten Sitzung zu berichten.

## **4. Antrag**

### **4.1 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Go**

**hier: Erstellung eines Armutsberichtes für die Stadt Brühl**

**Antrag „Die Linke“ – Stadtverband Brühl vom 11.03.2009**

**Bezug: HA 30.03.2009**

**Vorlagen-Nr.: 8/09 \***

Vorsitzender Falkenstein (CDU) bittet die Mitglieder um Wortbeiträge.

...

Ratsherr Stiliz (CDU) teilt für seine Fraktion mit, dass diese sich durch verschiedene Verwaltungsvorlagen aus den entsprechenden Fachbereichen zu diesem Thema bestens und umfassend informiert fühlt.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) gibt bekannt, dass ihre Fraktion die Erstellung eines detailliert dargestellten Armutsberichtes für dringend erforderlich hält. Ihre Fraktion sieht dringenden Handlungsbedarf in verschiedenen sozialpolitischen Schwerpunkten, die auch im Antrag vom Stadtverband „Die Linke“ eingefordert werden.

Ratsfrau Viikman (SPD) sagt für ihre Fraktion, dass diese umfassendes Zahlenmaterial zum Thema erhält, um sich einen Gesamtüberblick über die Lebenssituationen von Menschen im Stadtgebiet zu machen. Sie hält eine Erstellung eines gesondert angefertigten Armutsberichtes für überflüssig.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, ruft Vorsitzender Falkenstein (CDU) die Mitglieder zur Abstimmung über den Antrag auf.

**Er schlägt vor, den Beschluss wie folgt zu formulieren:**

**„Der Ausschuss für Soziales und Migration lehnt den Antrag des Stadtverbandes Brühl „Die Linke“ auf Erstellung eines Armutsberichtes für die Stadt Brühl ab.“**

**Abstimmungsergebnis: 3 : 6 : 0**

## **5. Anfragen**

### **5.1 Vorstellung des Projektes „Soziale Stadt“ im Ausschuss hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt an, ob das Projekt „Soziale Stadt“ auch im Ausschuss diskutiert werden könne, um ein breiteres Meinungsspektrum zu erhalten. Derzeit sei überwiegend nur der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung mit dem Projekt befasst. Sie kann sich daran erinnern, dass im Ausschuss der Wunsch geäußert wurde, Herrn Schmitz, Abteilungsleiter FB 50/1 einzuladen, damit dieser über das Projekt berichtet.

Sozialdezernent Freytag sagt Prüfung des Vorschlags zu.

### **5.2 Einrichtung eines dezernatübergreifenden Arbeitskreises „Barrierefreies Bauen“ in Brühl hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt nach dem Sachstand der Einrichtung eines Arbeitskreises „Barrierefreies Bauen“ in Brühl. Dieser soll die Aufgabe haben, entsprechende Richtlinien zu formulieren und zu erstellen. Zu diesem Arbeitskreis sollten Mitglieder des Arbeitskreises „Menschen mit Behinderung“ und Mitglieder des Arbeitskreises „Träger der Altenarbeit“ eingeladen werden und mitarbeiten.

Sozialdezernent Freytag sagt, dass es derzeit noch keinen neuen Sachstand dazu gibt.

Nachdem keine weiteren Anfragen erfolgen, schließt Vorsitzender Falkenstein (CDU) den öffentlichen Teil der Sitzung. Er bedankt sich bei den Anwohnern des Lupinenwegs, den Pressevertreterinnen und dem Vertreter des Stadtverbandes Brühl „Die Linke“ für ihr Erscheinen und ihre Wortbeiträge.